

Voll, Klaus Julian

Research Report

Wie Indien Deutschland sieht: Indische Politiker über das Verhältnis zur Bundesrepublik

SWP-Studie, No. S 37/2001

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Voll, Klaus Julian (2001) : Wie Indien Deutschland sieht: Indische Politiker über das Verhältnis zur Bundesrepublik, SWP-Studie, No. S 37/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252402>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Klaus Julian Voll (ext.)

Wie Indien Deutschland sieht

Indische Politiker über das
Verhältnis zur Bundesrepublik

S 37
Oktober 2001
Berlin

**Nachweis in öffentlich
zugänglichen Datenbanken
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2001

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für
Gestaltung und Realisierung
Buchendorf

Inhalt

Problemstellung und Empfehlungen 5

Allgemeine Einschätzung 7

Deutschland als Wirtschaftspartner 9

Sicherheitspolitischer Dialog 11

Außenpolitische Gemeinsamkeiten? 13

Zukunftsperspektiven 15

Anhang 17

Politiker, die für Gespräche in Frage kommen 17

Bharatiya Janata Party (BJP) 17

Congress(I) 18

Kommunisten 19

Regionalparteien 19

Unabhängige 20

Abkürzungen 21

Der Autor, seit 1970 Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, war kontinuierlich in Indien als Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung (1983–1987), Sozialreferent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland (1988–1993), FES-Auslandsmitarbeiter (1997 bis September 2001) und zwischenzeitlich als Journalist und FES-Gutachter tätig. Dr. Voll ist zusammen mit Dr. Werner Pfennig Herausgeber der Schriftenreihen »Berliner Studien zur Internationalen Politik« und der »Critical Studies in International Development« zusammen mit Dr. H. C. F. Mansilla.

**Wie Indien Deutschland sieht.
Indische Politiker über das
Verhältnis zur Bundesrepublik**

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Indien sind – ohne nennenswerte Konflikte – traditionell gut, jedoch keineswegs außerordentlich. Angesichts des in den 90er Jahren eher bescheidenen politischen Dialogs und des ausbaufähigen Wirtschaftspotentials bedarf es einer konzertierten Anstrengung, um ein modernes deutsches Image – auch in konstruktiver Konkurrenz beispielsweise zu den USA, England und Frankreich – mit markanten Konturen für die indische Elite und eine breitere Öffentlichkeit zu schaffen.

Der Besuch von Bundeskanzler Schröder könnte dazu beitragen, die verschiedenen Schwellen, so unter anderem auch der räumlichen Distanz, zu beseitigen. Indien sollte zu einem wichtigen strategischen Dreh- und Angelpunkt für das deutsche Engagement in Asien erklärt werden.

Die vorliegende Arbeit beruht auf eingehenden Gesprächen mit führenden indischen Politikern und politischen Beobachtern.

Die Kenntnisse über Deutschland sind in Indien auch unter Politikern nicht besonders ausgeprägt. Indische Politiker (s. die Liste der Gesprächspartner im Anschluß) sehen Deutschland allerdings als die führende Macht in Europa und befürworten ein verstärktes deutsches Engagement in ihrem Land. Zwischen Regierung und Opposition besteht bei allen Nuancierungen weitgehend Konsens in grundlegenden Fragen der Außen- und Wirtschaftsreformpolitik.

Die Öffnung der indischen Wirtschaft zum Weltmarkt gilt parteienübergreifend als irreversibel. Allerdings muß wirtschaftliches Wachstum mit ausreichender Beschäftigung angesichts der hohen Nachfrage nach Arbeit verknüpft werden. Deutsche Investitionen werden übereinstimmend befürwortet. Deutsche Unternehmen könnten etwa bei alternativen Energieträgern wichtige Impulse auslösen. Infrastruktur, Umwelt, Agro-Industrien und Berufsausbildung sind aus indischer Sicht weitere Prioritäten. Nur mit politischem Rückenwind können – im Wettbewerb mit den USA, Frankreich und England – deutsche Infrastrukturprojekte, zum Beispiel Hafenausbau und Hafenprogramme, Flughäfen, Umweltschutz und alternative Energien, vorangetrieben werden.

Mit der Wirtschaftsliberalisierung und dem Ende der Blockfreien-Bewegung öffnet sich die »introvertierte Nation«, so der Historiker Dietmar Rothermund, auch zunehmend außenpolitisch. Das gewachsene indische Selbstbewusstsein beruht auf einer in den letzten Jahren fein abgestimmten Außenpolitik – unter anderem auch mit zunehmend guten Beziehungen zu maßgeblichen Staaten der islamischen Welt – und insbesondere auf den seit dem Besuch von Präsident Clinton im März 2000 qualitativ erheblich verbesserten Beziehungen zu den USA. Indische Politiker erwarten eine markantere deutsche Außenpolitik und selbstbewusst ein angemessenes Verständnis für die Sicherheitsinteressen ihres Landes in der Region, das heißt sowohl im Verhältnis zur Volksrepublik China als auch gegenüber Pakistan. Eine zurückhaltende Mitwirkung Deutschlands und Frankreichs bei vertrauensbildenden Maßnahmen im erweiterten süd-asiatischen Krisenbogen wird von indischer Seite ausdrücklich angeregt.

Ein zielgerichteter Dialog zwischen deutschen, europäischen und indischen Funktionsebenen ist erforderlich, um der asiatischen Großmacht Indien gerecht zu werden und zugleich die eigenen Interessen in dieser Weltregion dauerhaft wirksam zu vertreten. Die deutsche Außenpolitik sollte deshalb der Rolle Indiens als einer der potentiellen Führungsmächte innerhalb der multipolaren Strukturen des internationalen Systems der Zukunft in systematischer Weise Rechnung tragen.

Gesprächspartner für diesen Beitrag

s.a. die Aufstellung von Parteipolitikern im Anhang, S. 17ff.

Mani Shankar Aiyar, M. P., Congress(I), unabhängige Zuständigkeit für den Nordosten, Special Invitee, Congress Working Committee (CWC), ehemals Indian Foreign Service (IFS)

Dr. Kanti Bajpai, Associate Professor, Centre for International Politics, Organization and Disarmament, School of International Studies, Jawarhalal Nehru University (JNU), New Delhi

Prof. Madhu Dandavate, Janata Dal (Secular), u.a. ehemaliger Finanzminister(1990/91) sowie Deputy Chairman, Planning Commission (1996–1998)

Hans-Eberhard Dingels, Berater für Asien und den Pazifik des Präsidenten der Sozialistischen Internationale (SI), Bonn

J. N. Dixit, ehemaliger Staatssekretär im Ministry of External Affairs (MEA)

George Fernandes, M.P., Samata Party, Verteidigungsminister

I. K. Gujral, ehemaliger Premier- und Außenminister

N. N. Jha, Leiter des Außenpolitischen Ausschusses der Bharatiya Janata Party (BJP) und Gouverneur der Andaman and Nicobar Islands.

Dr. Manoj Joshi, Political Editor, The Times of India

Dr. Bapu Kaldate, Generalsekretär der Janata Dal (Secular)

Dr. Dietrich Kobschull, Leiter des »Indo-German Export Promotion Project« (IGEP), New Delhi

P. V. Narasimha Rao, ehemaliger Premierminister (1991–1996) und langjähriger Außenminister

Jaipal Reddy, M.P., Hauptsprecher des Congress(I), ehemaliger Informationsminister und Regierungssprecher

Dr. Nitish Sengupta, M.P., Trinamool Congress und Director-General des International Management Institute (IMI), New Delhi

Amar Singh, M.P., Generalsekretär der Samajvadi Party

V. P. Singh, ehemaliger Finanz-, Verteidigungs- und Premierminister(1989/90)

K. Subrahmanyam, Vorsitzender des National Security Advisory Board (NSAB) im National Security Council

N. D. Tiwari, M.P. (Congress/I), Vorsitzender des Public Accounts Committee der Lok Sabha, u.a. ehemaliger Außenminister und vierfacher Ministerpräsident von Uttar Pradesh

Sitaram Yechuri, Mitglied des Politbüros und Leiter der Internationalen Abteilung der Communist Party of India / Marxist (CPI/M)

Allgemeine Einschätzung

Jaipal Reddy, Hauptsprecher der führenden Oppositionspartei, Congress(I), Unterhausabgeordneter und ehemaliger Informationsminister, bezeichnet »die deutsch-indischen Beziehungen als gut, jedoch auch als nichts Besonderes, obwohl die Deutschen als Nation in Indien immer bewundert wurden und die indischen Intellektuellen sozialdemokratisch orientiert sind«. Der ehemalige und jüngst wiederernannte Verteidigungsminister George Fernandes meint, »aus für mich unerklärlichen Gründen war Deutschland wirklich sehr langsam, um sich für Indien zu interessieren«.

Im Hinblick auf den geplanten Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder bemängelt nicht nur George Fernandes, ein Verehrer Willy Brandts, ein – ganz im Gegensatz zu Frankreich – mangelndes außen- und sicherheitspolitisches Profil der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Indien. Ex-Premierminister I. K. Gujral meint: »Gegenüber Frankreich verliert Deutschland an Boden.«

Dr. Manoj Joshi, Political Editor der auflagenstärksten Tageszeitung *The Times of India* und meinungsbildender außenpolitischer Experte, vertritt die Ansicht, die deutsche Politik sei aus indischer Sicht in den letzten Jahren zu sehr mit sich selbst beschäftigt und vielfach Sichtweisen aus der Zeit des »Kalten Krieges« verhaftet, zu vorsichtig und auch manchmal arrogant auftretend. Deutschland und Japan erschienen aus indischer Sicht »leicht verwirrt«. »England verfügt über historische Vorteile, Frankreich zeichnet sich durch sein gelegentlich außergewöhnliches Auftreten innerhalb der westlichen Allianz aus, während Deutschland keinen dieser Vorteile aufweist. Je mehr die indische Liberalisierungspolitik sich durchsetzte, desto mehr stagnierten die deutsch-indischen Beziehungen.«

Ex-Premier P. V. Narasimha Rao hebt ausdrücklich hervor, daß Deutsche Inder am besten verstehen würden. Trotz der seit dem 19. Jahrhundert bestehenden kulturell-wissenschaftlichen Beziehungen müsse Deutschland jedoch noch mehr Sensitivität gegenüber Indien und seiner Kultur aufbringen. Der Congress(I)-Abgeordnete Mani Shankar Aiyar vertritt die Ansicht, Deutschland solle entschiedene Zeichen im Bildungsangebot und im interkulturellen Dialog setzen, um

langfristig in Indien einen nachhaltigen Einfluß auszuüben.

N. D. Tiwari, einer der erfahrensten indischen Politiker, betont dagegen das Ansehen Deutschlands als Führungsmacht in Europa und wie es diskret den europäischen Einigungsprozeß voranbringe. Der ehemalige Premier und Außenminister I. K. Gujral fordert, Deutschland müsse angesichts seiner Bedeutung im öffentlichen Bewußtsein in Indien, unter anderem durch verstärkte Pressearbeit, eine entschieden größere Rolle spielen. Allgemein wird kritisch angemerkt, daß Deutschland zu sehr von seinem guten Ruf in der Vergangenheit zehre. Der große Vertrauensvorschuß werde von deutscher Seite nicht ausreichend genutzt.

Die in außen- und sicherheitspolitischen Fragen versierten indischen Politiker bilden eine kleine und überschaubare Gruppe mit großer Kontinuität. Trotz des dank der Persönlichkeit von Willy Brandt immer noch hohen Ansehens der Sozialistischen Internationale (SI) im zentristischen und sozialistisch-sozialdemokratischen Lager ist eine konstruktive Zusammenarbeit kaum vorhanden, zumal die Janata Dal (Secular) als gegenwärtig einzige indische SI-Mitgliedsparterie faktisch bedeutungslos geworden ist. Der Versuch von Willy Brandt nach seinem Indien-Besuch 1984, dem Congress(I) durch einen Beobachterstatus innerhalb der SI Gehör und Gewicht zu verleihen, führte zu keinen Ergebnissen. Es bleibt abzuwarten, ob die im Frühjahr 2001 wiederaufgenommenen informellen Kontakte zwischen der SPD und indischen Parteien ein ähnliches Schicksal erleiden wie in der Vergangenheit.

Die Indo-German Parliamentary Group entfaltete Anfang der 90er Jahre während der Amtszeit von Botschafter Dr. Hans-Georg Wieck sehr intensive Kontakte, unter anderem mit fachlichen Eingaben seitens der deutschen Botschaft (deutsches Wahlrecht, übersetzte Leitartikel etc.) für an diesen Fragen interessierte indische Politiker. Es fand danach jedoch zunehmend weniger Interaktion mit den wesentlichsten Parteien des politischen Spektrums einschließlich wichtiger Regionalparteien und ihren Spitzenpolitikern statt – besonders der jüngeren und mittleren Generation. Seit Jahren besteht die deutsch-indische Parlama-

riergruppe auf indischer Seite de facto nicht mehr. Der Parlamentarier Mani Shankar Aiyar schlägt statt dessen themenspezifische Interaktionen ausgewählter Politiker ohne diesen Rahmen vor, zum Beispiel zu Fragen im Umfeld der Welthandelsorganisation (WTO).

Folgende Defizite ließen sich im letzten Jahrzehnt aus der Sicht indischer Politiker und Fachleute beobachten:

1. Es mangelte in Deutschland an einem kategorialen Verständnis der geopolitischen Bedeutung Indiens in der südasiatischen Region, seiner faktischen und potentiellen Rolle in Asien und der seit Anfang der 90er Jahre eingeleiteten Neuorientierung seiner Außenpolitik mit ihrem Versuch, Indiens Rolle als eines wichtigen Mitspielers im internationalen System der Zukunft zu definieren.
2. Die Sicherheitsbedrohungen Indiens durch China bzw. die chinesische Proliferation an Pakistan, seine Aktivitäten in Burma (Myanmar) sowie der Aufbau der chinesischen Hochseeflotte wurden von deutscher Seite nicht genügend reflektiert.¹
3. Eine etwas herablassende Grundhaltung gegenüber den sicherheitspolitischen Vorstellungen indischer Regierungen:
 - Der frühere Verteidigungsminister Volker Rühle besuchte 1996 Indien und drängte offensichtlich darauf, daß Indien den Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT) unterschreibe. Öffentliche Reaktion des damaligen Außenministers I. K. Gujral: »Da kam ein deutscher Minister und wollte uns belehren, was wir zu tun haben.«
 - Nach den indischen Nukleartests 1998 (Pokhran II) verurteilte der damalige Außenminister Klaus Kinkel das indische Vorgehen. Indische Fachleute werteten diese Haltung als Ausdruck einer »nuklearen Apartheid«. Gujral lobt im Gegensatz dazu die sehr viel feinfühligere Reaktion Frankreichs.²
4. Praktisch alle deutschen Institutionen vor Ort – vielleicht mit Ausnahme kirchlicher Institutionen – führten zu einseitig Gespräche mit Angehörigen der indischen Oberkassen und reflektierten damit nicht angemessen die (gesellschafts-)politischen Veränderungen (»lautlose Revolution«) im Vielvölkerstaat.

¹ Klaus Voll, Indien, China, Pakistan. Eine Bedrohung für das geostrategische Gleichgewicht in Asien?, Ein Beitrag im Rahmen des Cercle stratégique franco-allemand, Berlin, 15./16.9.2000, in: Débats, FES-Büro Paris.

² Gespräch am 18.6.2001.

Deutschland als Wirtschaftspartner

Europa wird in Indien bislang überwiegend nicht als ein sich homogenisierendes Ganzes betrachtet, sondern als eine Summe von Nationalstaaten. Indische Politiker sind sich der objektiven wirtschaftlichen Gegebenheiten in Deutschland und dessen Rolle in Europa oft nur unzureichend bewußt. Sie sehen jedoch den beträchtlichen wirtschaftlichen Abstand zwischen Deutschland und Indien.

Die Europäische Union ist mit nahezu 21 Mrd. US-Dollar (1999) der größte Außenhandelspartner Indiens, dessen Handel mit den USA dagegen nur 12 Mrd. Dollar beträgt. Deutschland liegt nach England unter den europäischen Handelspartnern mit gehörigem Abstand vor Frankreich an zweiter Stelle. Negativ ist zu vermerken, daß zwischen 1990 und 2000 der Anteil Indiens am deutschen Außenhandel bei ca. 0,33% stagnierte und das Land sich damit zwischen dem 36. und 38. Rang unter ferner liefen bewegt. In Asien belegt es im deutschen Außenhandel den achten Platz. Bei den Auslandsinvestitionen ist die Situation mit 0,2% genehmigter Investitionen noch bescheidener, zumal der Vergleich mit der Investitionsentwicklung in den osteuropäischen Staaten, die sich nach der Auflösung der Sowjetunion in einer ähnlichen Lage befanden wie Indien, diese Situation noch krasser vor Augen führt.

Deutschland gilt trotzdem als der verlässlichste Partner in Wirtschaftsbeziehungen und auch psychologisch der indischen Mentalität am nächsten stehend. Aufgrund vielfältiger verwandtschaftlicher Beziehungen zu Auslandsindern besteht zwar eine größere emotionale Bindung zu England, trotzdem könnte Deutschland als ideales Sprungbrett auf den europäischen Markt von indischen Unternehmern und Ex- bzw. Importeuren genutzt werden, speziell wenn die weit verbreiteten englischen Sprachkenntnisse bei der jüngeren deutschen Generation in Indien besser bewußt werden bzw. breitenwirksam für die deutsche Sprache in Indien geworben würde.

Das von Deutschland finanzierte Stahlwerk Rourkela und das Indian Institute of Technology (IIT) in Madras symbolisieren deutsche Wirtschafts- und Entwicklungshilfe sowie den nachhaltigen Einfluß deutscher Wissenschaft in der schwierigen Aufbauphase der Wirtschaft des unabhängigen Indiens. Etablierte

deutsche Großunternehmen wie Siemens und Krupp investierten in der indischen Wirtschaft bereits in der Kolonialzeit und während der langen Periode einer »Lizenzherrschaft«.

Indien sei offen für strategische Allianzen, so P. V. Narasimha Rao. Im Grunde bestehe keine große Zuneigung zu den USA. Die Orientierung großer Teile der Ober- und Mittelschichtjugend an den USA sei nicht repräsentativ. Im Anknüpfen an seine Idee einer Annäherung der Mittelmächte auf wirtschaftlicher Ebene – ein auch in der BJP verbreiteter Gedanke – könnte sich nach seiner Ansicht ein neues deutsch-indisches Regierungsforum umfassend mit Fragen des Außenhandels und der Investitionen befassen.

Narasimha Rao hält die von ihm eingeleitete Liberalisierungspolitik für irreversibel. Trotz der im Vergleich zu Europa relativ jungen indischen Demokratie setze sich ihr Reifeprozess zunehmend fort. Die große Kohäsion der indischen Kultur und Gesellschaft sei eine günstige Voraussetzung für Investitionen. Deutsche Unternehmer sollten die langfristigen Gewinnchancen auf dem indischen Markt im Auge behalten. Er rät davon ab, den öffentlichen Sektor zu restrukturieren oder dessen Firmen zu übernehmen, statt dessen sei ein Neuanfang nötig. Narasimha Rao fordert ein intensives deutsches Engagement bei der Berufsausbildung.

George Fernandes, der sich bezüglich der Außenwirtschaftspolitik selbst als Pragmatiker einstuft, begrüßt ausdrücklich Investitionen durch deutsche Großunternehmen, aber auch kleinere und mittlere Unternehmen seien unter anderem zur Stärkung ihrer indischen Counterparts willkommen. Sie hätten nichts aus dem für wirtschaftliche Unabhängigkeit (Swadeshi) plädierenden Lager zu befürchten. Auch der ehemalige Premierminister V. P. Singh sieht in der »Swadeshi«-Philosophie keine ernsthafte Alternative zu einer ausgewogenen Liberalisierungspolitik. N. D. Tiwari unterstreicht, Wachstum müsse mit Beschäftigung einhergehen. Die Bildung einer gemeinsamen »Task Force« zur Kooperation mit zu stärken den Klein- und Mittelindustrien sei wünschenswert. Selbst Indiens Kommunisten begrüßen deutsche Investitionen und speziell auch eine Förderung von klein- sowie mittelständischen Unternehmen. Der Congress(I)-

Abgeordnete Mani Shankar Aiyar warnt allerdings deutsche Investoren vor zahlreichen unseriösen indischen Unternehmern und rät zu großer Vorsicht.

Als Resultat der indischen Erfolge in der IT- und Software-Industrie sowie aufgrund des dadurch erhöhten Selbstbewußtseins wird Deutschland jedoch von Teilen der Politik und Wirtschaft auch als eine »alte Ökonomie« und als Land der »blue-collar worker« wahrgenommen, obwohl für deutsche Wirtschaftsdelegationen immer noch der »rote Teppich seitens der Politik und Wirtschaft ausgelegt wird«, so Dr. Dietrich Keschull, seit über 10 Jahren Leiter des Deutsch-indischen Exportförderungsprojektes in New Delhi. Die Zusammenarbeit bei Computer-Software stehe trotz des Engagements von Lufthansa, Deutscher Bank und SAP noch am Anfang. Für den Mittelstand ergebe sich noch ein großes Potential, etwa im Druckereibereich. Im Einzelhandel böten sich unter anderem für Metro und ALDI große Möglichkeiten.

Nach Meinung indischer Politiker könnten deutsche Unternehmen beispielsweise bei alternativen Energieträgern wichtige Impulse auslösen. Infrastruktur, Umwelt, Agro-Industrien und Berufsausbildung seien weitere Prioritäten.

Manoj Joshi regte an, die Gespräche mit Ministerpräsidenten und regionalen Spitzenpolitikern zu intensivieren, bis hin zu Partnerschaften zwischen Bundesländern und ausgewählten indischen Bundesstaaten. Israel sei seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Indien Anfang der neunziger Jahre mit seinen intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zu Länderregierungen äußerst erfolgreich.

Dietrich Keschull erhofft sich von einem wirklichen Dialog zwischen Deutschland und Indien eine Vereinfachung der indischen Investitionsgesetzgebung, »durchaus in Ergänzung zur fast schon zu elitären deutsch-indischen Beratergruppe mit ihren Berichten an beide Regierungschefs«.

Der immer noch allzu sehr in die Vergangenheit gerichtete Blick Deutschlands könnte sich verstärkt einem zukunftssträchtigen Wirtschafts- und Kulturaustausch zuwenden. Neue Schwerpunkte deutsch-indischer Wissenschaftszusammenarbeit sowie innovative Akzente in der Mode, bei Schmuck- und Metallverarbeitung, trügen unter anderem zu einem modernen Bild von Deutschland in Indien bei.

Die deutschen Medien könnten die neue, informationstechnologische Seite der indischen Wirtschaft stärker betonen und nicht nur seine Rolle als »armes Land« mit seinen AIDS-Problemen. Indien rangiert, gemessen an der »Purchasing Power Parity« (PPP),

unter den Wirtschaftsmächten der Welt im vorderen Bereich und weist bei der Software-Herstellung (Microsoft, WIPRO) Weltniveau auf. Es könnte Deutschland nützlich sein und mit dazu beitragen, dessen Präsenz in der »Cyber-Economy« nachhaltig unter Beweis zu stellen. Dafür sei aber auch eine positive indische Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland erforderlich, während das moderne Deutschland noch nachhaltiger in Indien vermittelt werden sollte, so J. N. Dixit, ehemaliger Staatssekretär im Außenministerium.

Die indische Gesellschaft lebt vielfach von der Symbolik. I. K. Gujral könnte sich als eine nachhaltigen Eindruck machende Geste von deutscher Seite während des Besuchs von Bundeskanzler Schröder ein Gewässerreinigungsschiff vorstellen, andere Politiker plädieren für eine markante Geste durch Angebote von Stipendien.

Sicherheitspolitischer Dialog

Das eurasische Machtgefüge mit den wichtigsten Eckpfeilern, Europäische Union, Rußland, China, Japan und Indien, wird aus indischer Sicht gegenwärtig von den USA dominiert, da diese ihrerseits über bessere bilaterale Beziehungen zu den genannten Mächten verfügen als die anderen Protagonisten jeweils untereinander.

Indische Politiker beobachten, daß die internationale Staatengemeinschaft und ihre Politiker ihr Land seit der Zündung der Nuklearbomben sehr viel stärker hofieren als je zuvor. Der indische Schritt, 1998 Nuklearwaffen zu testen, sollte nicht nur im Spannungsverhältnis zwischen Indien und Pakistan mitbedacht werden, sondern auch im weiteren Zusammenhang mit der Rolle der Volksrepublik China, die wesentlich – im Westen vielfach so nicht bewußt und von den Fakten her nicht bekannt – die nukleare Aufrüstung und Raketenentwicklung in Pakistan aktiv und entgegen den Bestimmungen des »Non-Proliferation Treaty« (NPT) förderte und außerdem versucht, Indien mit Hilfe Pakistans in seine Schranken zu verweisen.

Die indische Politik der »minimalen Abschreckung« und des »no first use« (India's Draft Nuclear Doctrine) veranlaßt indische Politiker und Sicherheitsexperten zu der Frage, warum sich die NATO nicht auch zu diesem Schritt entscheiden könne. Indien werde sich an keinem nuklearen Wettrüsten beteiligen, da erstens die Abschreckungskapazität gegenüber Pakistan und China ausreichend sei und zweitens die überlegenen Kapazitäten der USA und Rußlands berücksichtigt würden. Es besteht allerdings Besorgnis, daß »National Missile Defence« (NMD) eine weitere Eskalation auslösen und die nukleare Proliferation begünstigen könne. Die neuerdings vollzogene positivere Bewertung von NMD durch das indische Außenministerium ist in ihren längerfristigen Konturen und Konsequenzen noch nicht völlig klar.

Indische Politiker zeigen Verständnis für die unmittelbare Aufgabe Deutschlands und der Europäischen Union, die Verhältnisse auf dem Balkan zu befrieden und die östliche Flanke insgesamt zu sichern. Sie erkennen jedoch noch keine Konturen einer für ihre Region relevanten Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. einer deutschen Asien-Politik, die diesen Namen verdiente.

Es fehlt in Indien an konkretem Wissen über Deutschlands Rolle in der internationalen Politik, die seitens der Deutschen aus indischer Sicht zudem bewußt heruntergespielt zu werden scheint. In Abkehr von der früheren Fixierung auf die ehemalige Kolonialmacht England betrachten indische Politiker Deutschland heute als die führende Macht in Europa. Nach ihrer Ansicht folgt das immer noch zu sehr mit sich selbst beschäftigte Deutschland in Indien allzu sehr den USA, England und Frankreich. P. V. Narasimha Rao wünscht sich daher eine unabhängigere und markantere deutsche Politik gegenüber seinem Land.

I. K. Gujral hebt hervor, daß Frankreich sich durch sein Eintreten für eine multipolare Welt, seine gemäßigte Reaktion auf die indischen Nukleartests, sein Plädoyer für Indiens Sitz in einem reformierten Sicherheitsrat und durch den neue Qualitäten schaffenden Durchbruch während des Besuchs von Staatspräsident Jacques Chirac vorteilhaft von Deutschland unterschieden habe (u.a. Sicherheitsdialog und wegen der vereinbarten Waffengeschäfte keine Lieferung mehr von französischen Kampfflugzeugen an Pakistan). Frankreich habe Indiens Hocharrangigkeit anerkannt, seine Kulturpolitik setze entschiedene Akzente. Deutschland müsse sich entscheiden, ob es immer auf die US-Linie einschwenke. Indigniert meinte Gujral, Indien wolle zum Beispiel bei möglichen Waffengeschäften nicht wie die Türkei behandelt werden.

Die sichtbare Verbesserung der indisch-amerikanischen Beziehungen – die sich nach Auffassung von Gujral in Zukunft sogar noch weiter verbessern wird – könne allerdings das sehr gute französische Rénomée in Indien künftig relativieren. Ex-Staatssekretär Dixit unterstellt sogar, daß Premierminister Vajpayee am liebsten eine indisch-amerikanische Allianz anstreben würde.

Mit dem Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder könnte der Sicherheitsdialog zwischen Deutschland und Indien nachhaltig in das Bewußtsein der unmittelbaren Entscheidungsträger, der politischen Eliten und zumindest einer fachlich interessierten Öffentlichkeit in beiden Staaten gerückt werden. Der Sicherheitsdialog, den Deutschland in Asien bislang außer mit China auch mit Indonesien

und Australien führt, könnte gegenüber Indien vor allem dazu dienen, die wechselseitigen Einschätzungen der internationalen Entwicklungen auszutauschen. Nach dem Vorbild der indisch-französischen Beziehungen könnten sich die nationalen Sicherheitsberater regelmäßig alle sechs Monate treffen, so K. Subrahmanyam, Leiter des Nationalen Sicherheitsberatungsausschusses im Nationalen Sicherheitsrat.

Der beim Besuch von Verteidigungsminister Rudolf Scharping in der zweiten Februarhälfte 2001 in Delhi vereinbarte bilaterale Sicherheitsdialog auf militärischer Ebene sollte unter anderem auf die indischen Perzeptionen des anzustrebenden »strategischen Gleichgewichts in Asien«, die deutschen und europäischen Interessen in Asien und Südasiens sowie auf Konfliktlösungsversuche und Konturen eines langfristig zu planenden asiatischen Sicherheitssystems unter zurückhaltender Mitwirkung Europas abzielen.

Für einen »strategischen Dialog« mit Deutschland gibt es allerdings nach Ansicht von Manoj Joshi »keine zwingende Erfordernis«, denn der eigentliche Dialog fände mit den USA und der VR China statt. Der engere Führungskreis der gegenwärtig in Indien regierenden politischen Elite sei zudem »anglozentrisch«. Nach dem Durchbruch mit den USA dürften andere westliche Staaten, so auch Deutschland, auf die amerikanische Linie einschwenken. »Es sei denn, Deutschland könnte sich wie Frankreich verhalten und sein eigener Herr sein,« so der meinungsbildende außen- und sicherheitspolitische Experte.

Ein Sicherheitsdialog könnte aus indischer Sicht umfassen:

1. Reguläre Interaktionen und Strategiegespräche zwischen den Militärs auf höchster Ebene mit folgenden Themen: Logistik, Informationstechnologie, Ausrüstung, Fragen der Kontrolle von Nuklearwaffen, maritime Kooperation.

Eine anzustrebende Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungstechnologie sollte aus indischer Sicht möglichst nicht von politischen Faktoren beeinträchtigt werden. Bewährte Rüstungslieferanten Indiens sind bislang Rußland, Frankreich und Israel, während den USA und England von indischer Seite kein wirkliches Vertrauen geschenkt wird. Mit den deutschen Beschränkungen für den Export von Rüstungsgütern in Krisengebiete ist man nicht ausreichend vertraut. Es wird erwartet, daß indische Unternehmen als Zulieferer internationaler Waffenproduzenten bei der Herstellung von Rüstungsgütern herangezogen werden.

Trotz der ca. 70-prozentigen Herkunft der indischen

Waffensysteme aus russischer Produktion, so George Fernandes, gebe es unter anderem einen guten Markt für Frankreich. Deutschland könnte potentiell bei U-Booten – hier schlägt I. K. Gujral eine europäische Arbeitsteilung vor – und der militärischen Luftfahrtindustrie bei entsprechendem politischem Willen mittel- bis langfristig zum Zuge kommen.

2. Ein regelmäßiger Austausch in Kursen und Seminaren zwischen der Führungsakademie der Bundeswehr und indischen Institutionen, eventuell eine Beratung bei dem von K. Subrahmanyam der indischen Regierung vorgeschlagenen Aufbau einer Militär-Universität sowie eine von deutschen Experten durchzuführende Studie über den Kargil-Krieg von 1999 zwischen Indien und Pakistan, so Subrahmanyam, könnten erste Bausteine für eine längerfristig anzulegende Zusammenarbeit sein. Ex-Premier V. P. Singh fordert eine prominentere Rolle Deutschlands im Rahmen der EU, zum Beispiel auch im Gefolge spezifischer Maßnahmen nach erfolgreicher indisch-pakistanischen Gipfeltreffen als demjenigen im Juli 2001 in Agra. Außerdem könnten die indischen Erfahrungen beim Durchführen und Durchsetzen von Peace-Keeping ausgetauscht werden.

Außenpolitische Gemeinsamkeiten?

Obwohl die indische Tagesordnung für das Verhältnis zu China keineswegs mit derjenigen des Westens identisch sei, stimmten in vielen Fällen nach Ansicht von Brajesh Mishra, Leiter des Büros des Premierministers und nationaler Sicherheitsberater, die indischen Überlegungen mit den westlichen überein. Die Verbesserung indisch-chinesischer politischer Beziehungen könne durch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Indien, unter anderem in einem erweiterten UN-Sicherheitsrat, positiv beeinflusst werden. Ein langfristig erstrebenswertes asiatisches Sicherheitssystem könne ohne die Teilnahme der USA und der Europäischen Union nicht erreicht werden, so K. Subrahmanyam.

Nicht nur die jetzt größere Nähe zu den USA, sondern auch diejenige Europas zu Indien, könnten als ein Gegengewicht zu China genutzt werden. Deshalb trügen gute Beziehungen zwischen Indien und Europa zur Stabilität bei – nach dem ersten Treffen in Lissabon findet im letzten Quartal 2001 ein zweites mit der Europäischen Union in Indien statt.

Der indisch-pakistanische Antagonismus – vorrangig auf den Zankapfel Jammu and Kashmir gerichtet – ist geprägt einerseits von Destabilisierungsversuchen Islamabad gegenüber Indien und andererseits von der indischen Politik der Isolation Pakistans. Angesichts dieser Situation sind vertrauensbildende Maßnahmen oder sogar dauerhafte Problemlösungen äußerst schwierig. Als Ergänzung zum strategischen Dialog Deutschlands mit Indien bzw. zusätzlich zum mühsam sich entwickelnden Dialog zwischen Indien und China ist nach V. P. Singh auch eine Berücksichtigung Pakistans erforderlich. Heute wird in Indien durchaus an eine ergänzende Rolle Europas in dieser Hinsicht gedacht.

Die politische Elite Indiens verfügt durchaus über ein differenziertes Bild der inneren Machtstrukturen in Pakistan und ist an einem politisch und wirtschaftlich stabilen westlichen Nachbarn interessiert.

I. K. Gujral kritisiert allerdings, daß es den pakistanischen Generälen an Visionen mangle. K. Subrahmanyam will durch einen Dialog jene Segmente im pakistanischen Herrschaftssystem stärken, die erfolgreich einer »inneren Talibanisierung« entgegentreten und Interesse an einer Verbesserung der bilateralen Bezie-

hungen zu Indien im südasiatischen Kontext haben. Nach dem gescheiterten Gipfel zwischen Präsident Pervez Musharraf und Premierminister Atal Behari Vajpayee im Juli 2001 in Agra richteten sich die Anstrengungen beider Seiten trotz innenpolitischer Widerstände darauf, die gesponnenen Fäden einer Annäherung wiederaufzunehmen. Die Entwicklungen in und um Afghanistan könnten jedoch zu noch nicht absehbaren neuen Spannungen führen.

Gesondert mit Pakistan könnten von deutscher bzw. europäischer Seite »Track II«-Veranstaltungen zur Vermeidung eines Nuklearkrieges (Nuclear Risk Reduction) bzw. zum Themenkomplex »Jehad versus Terrorismus« unterstützt werden, so N. N. Jha, Leiter des Auswärtigen Ausschusses der BJP und neuer Gouverneur auf den strategisch wichtigen Inseln der Andamanen und Nikobaren.

Das Verhältnis Indiens zur Volksrepublik China ist durch den von Indien 1962 verlorenen Grenzkrieg historisch sehr belastet. Offene Grenzfragen, die Nuklear- und Raketen-Proliferation Pekings gegenüber Pakistan sowie die als Einkreisungsstrategie empfundene massive Unterstützung der burmesischen Militärjunta durch Peking einschließlich der maritimen Präsenz Chinas im nordöstlichen Indischen Ozean müssen mitbedacht werden, will man die primär gegen China gerichtete indische Nuklearverteidigung mit ihrer zwangsläufigen Rationalität verstehen.

Die vielleicht gut gemeinte, aber mißverständliche Auffassung, China könne eine Art »Schiedsrichterrolle« in der Krisenregion Südasien und speziell sogar in der Kashmir-Frage ausüben, hieße aus indischer Sicht, den Bock zum Gärtner zu machen. Eine solche in Deutschland vertretene Position, die ignoriert, daß China vor allem ein maßgeblicher Mitverursacher der bestehenden Problemlagen in Südasien ist, wird in New Delhi ausdrücklich als »anti-indisch« empfunden.

Die USA anerkennen die gewachsene Bedeutung Indiens als einer über den südasiatischen Rahmen hinaus wichtigen Ordnungsmacht, unter anderem auch gegenüber dem grenzüberschreitenden, sich aus dem Verkauf von Drogen finanzierenden Terrorismus. Sie billigen zudem Indien eine durchaus wichtige Rolle in ihrer Politik des »conagement« (containment and engagement) im Verhältnis zu China zu. Von

deutscher und europäischer Seite werden Verständnis für Indiens Sicherheitsinteressen und eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus erwartet. Deutschland ist gegenwärtig eines von fünf Ländern, mit denen Indien eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus gebildet hat.

Im Verhältnis zu Indien gibt Dr. C. Raja Mohan, Strategic Editor der führenden politischen Tageszeitung *The Hindu*, den Europäern folgenden guten Rat: »If Europe wants to be loved in India, it needs to get ahead of the U.S. on India's core security concerns – advanced technology transfers, unambiguous condemnation of the sources of terrorism in the sub-continent, and a willingness to acknowledge New Delhi's stabilising role in the Asian balance of power. Europe cannot tail America on these issues and yet expect a higher political reckoning in New Delhi.«³

³ C. Raja Mohan, India Likes Europe, but Loves the US!, in: *The Hindu*, 3.4.2001, S. 11.

Zukunftsperspektiven

Indien befindet sich zum Zeitpunkt des Besuchs von Bundeskanzler Gerhard Schröder Ende Oktober 2001 in folgender Situation:

Nach dem Aufstieg und der Konsolidierung des Hindu-Nationalismus droht diesem nach Meinungsumfragen bei der Wählerschaft eine Vertrauenskrise. Der Zusammenhalt der von der Bharatiya Janata Party (BJP) geführten Nationaldemokratischen Allianz (NDA) könnte nach den bald anstehenden Wahlen in Uttar Pradesh (150 Mio. E.) ernsthaft gefährdet werden und zu innenpolitischer Instabilität führen. Die in sich gesplante Opposition bietet bislang keine überzeugende Alternative.

Der beträchtliche Rückgang des Wirtschaftswachstums und der Exporte bremst den Entwicklungsoptimismus, zumal Krisenerscheinungen im Finanzsektor nicht auszuschließen sind. Unzufriedenheit bei Teilen der Mittelschichten, der Arbeiterschaft und unter den marginalisierten Segmenten der indischen Gesellschaft sind deutlich erkennbar.

Die beachtlichen Erfolge der indischen Außenpolitik in den letzten Jahren erlitten mit dem gescheiterten Gipfeltreffen zwischen dem pakistanischen Präsidenten Pervez Musharraf und Premierminister Atal Behari Vajpayee im Juli 2001 einen Rückschlag. Für den Krisenherd Kashmir zeichnen sich keine Lösungsansätze und damit auch keine neuen Qualitäten im indisch-pakistanischen Antagonismus ab. Sicherheitsexperten meinen, die USA könnten wegen ihrer Interessenlage in Afghanistan in der Kashmir-Frage Zugeständnisse Indiens gegenüber Pakistan verlangen.

Der Zusammenhalt der Indischen Union – eine erstaunliche Leistung seiner politischen Klasse –⁴ und

⁴ Vgl. Jakob Rösel/Clemens Jürgenmeyer, Die Entstehung eines Parteiensystems in der Indischen Union, in: Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme: Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 296/297: »Mit einer Milliarde Menschen, 620 Millionen Wahlberechtigten und 370 Millionen Wählern organisiert diese nichteuropäische Demokratie ein Sechstel der Menschheit und damit weit mehr Bürger und Wähler als alle anerkannten Demokratien der westlichen Welt zusammengenommen. Diese Zahlen stehen zugleich für eine extreme Komplexität dieser föderalen Demokratie, denn, um nur ein Beispiel zu nennen, die sieben größten Bundesstaaten umfassen jeweils mehr Einwohner als europäische Territorialstaaten wie Frankreich

die Stabilität der sie umgebenden Sub- und Großregionen (mit terroristisch-fundamentalistischen Gruppierungen) erfordern nicht zuletzt angesichts vorstellbarer Problemszenarien mit gigantischen Ausmaßen eine Stärkung der indischen Demokratie und Wirtschaft. P. V. Narasimha Rao betont jedoch den hohen zivilisatorischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt Indiens und schließt kategorisch aus, daß der indische Vielvölkerstaat das Schicksal der ehemaligen Sowjetunion erleiden könnte.

Der Westen muß deshalb Indien beim wirtschaftlichen und effizienten militärischen Aufbau zu einer der asiatischen Führungsmächte helfen, um das vorhandene interne und externe Konfliktpotential mit der keineswegs ganz auszuschließenden »Balkanisierung« der Indischen Union zu entschärfen. Eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit mit verschiedenen Staaten West-, Zentral- und Südasiens könnte zudem wesentlich zur regionalen Friedenssicherung beitragen.

Dagegen vertreten Meinungsführer im indischen Herrschaftssystem, so K. Subrahmanyam, die radikale, allerdings eine Minderheit darstellende Ansicht, Indien sei als Empfänger von Entwicklungshilfe in Zukunft ganz zu streichen, da das Land darauf substantiell nicht angewiesen sei und über genügend eigene Ressourcen zur Überwindung seiner unterentwickelten Strukturen verfüge. Der indische Großmachtanspruch vereinbare sich nicht mit dem Status eines um Hilfe nachsuchenden Entwicklungslandes, eine übrigens auch von Egon Bahr nachdrücklich vertretene Position. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß eine Macht wie die Volksrepublik China gegenwärtig der größte Empfänger deutscher Entwicklungshilfe ist.

Verbesserte Beziehungen erfordern einen auch über die deutsch-indische Beratergruppe hinausgehenden intensiveren politischen Dialog auf Regierungs-, Parlaments- und »Track II«-Ebene. Auf der Basis einer systematischen Kenntnis der in der Außenpolitik engagierten Politiker sowie des außenpolitischen und

oder Großbritanniens, und die Bevölkerung der drei größten Bundesstaaten Uttar Pradesh, Bihar und Maharashtra übertrifft die Gesamtbevölkerung der Europäischen Union.«

außenwirtschaftlichen Establishments (Spitzenbürokratie, Think-Tanks etc.) sollten vor Ort intensive Kontakte erfolgen. Ziel dieser Gespräche sollte es primär sein, das in Indien vorhandene immanente außen- sowie innenpolitische Denken und Kalkül zu begreifen und nachvollziehen zu können. Dies impliziert auch ein wirkliches Anhören indischer Anliegen, bei aller Kritikfähigkeit selbst gegenüber Verdrehungen der indischen Seite etwa bei der für die Beseitigung von exportorientierter Kinderarbeit so wichtigen Sozialklausel.⁵

Die äußerst schwache wirtschaftliche Integration in Südasiens (South Asian Association for Regional Cooperation/SAARC) kam spätestens im Sommer 1999 nach den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan in dem von Islamabad angezettelten Grenzkrieg um Kargil im indischen Bundesstaat Jammu and Kashmir zu einem abrupten Stillstand. Nach dem gescheiterten indisch-pakistanischen Gipfeltreffen in Agra im Juli 2001 wurden jedoch die Arbeitsbeziehungen zwischen New Delhi und Islamabad im SAARC-Rahmen wiederaufgenommen.

Als Teil des zielgerichteten Dialogs zwischen deutschen, europäischen und indischen Funktionselementen der Sozialdemokrat N. D. Tiwari zum Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung, Inhalte und Aufgaben einer modernen Sozialdemokratie vor dem Hintergrund weltweiter historischer und zeitgenössischer Erfahrungen in Indien parteiübergreifend – unter Einschluß von Regionalparteien – zu einem ihrer zentralen Themen zu machen. Der Sozialreformer V. P. Singh, der sich unter anderem für die Anliegen von Slumbewohnern in der indischen Hauptstadt New Delhi mit ihren ca. 15 Millionen Einwohnern einsetzt, vertritt die Ansicht, daß deutsche Erfahrungen mit der Emanzipation sowie der sozialen Integration der Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft, unter anderem durch Arbeitersiedlungen und sozialen Wohnungsbau, als gesellschaftspolitisch bewährte Leitbilder aus dem 19. und 20. Jahrhundert in Indien von Interesse wären. Gemeinsame Erfahrungen über die beiderseitigen demokratischen Systeme (Föderalismus, Rolle des Bundesrates, konstruktives Mißtrauensvotum, Wahlsystem und Parteienfinanzierung, Kultur der Mit-

bestimmung etc.) könnten ebenfalls ausgetauscht werden und wirksame Beiträge bilden, um der asiatischen Großmacht Indien angemessen gerecht zu werden und um die eigenen Interessen in dieser Weltregion dauerhaft wirksamer zu vertreten.

Der Angriff der Anti-Terror-Allianz auf Afghanistan wirkt sich auch nachhaltig auf die Konfliktsituation in Südasiens und auf das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan aus. Indien, das früher traditionell über großen Einfluß in Kabul verfügte, gehörte spätestens nach der von Pakistan maßgeblich geförderten Machtübernahme durch das Taliban-Regime zu den Verlierern dieser Entwicklungen. Indische Politiker räumen ein, daß es Pakistan dadurch gelungen sei, gleichzeitig strategische Tiefe zu erlangen und verstärkt den »grenzüberschreitenden Terrorismus« auf den indischen Bundesstaat Jammu und Kashmir voranzutreiben. Ein Ende des Taliban-Regimes bedeute deshalb eine strategische Niederlage für Pakistan und müsse zu einer Transformation der pakistanischen Außen- und Sicherheitspolitik führen. Afghanistan könne in Zukunft nicht mehr dazu dienen, fundamentalistische Kräfte zu fördern, die Indien in Jammu und Kashmir angreifen.

Bei aller prinzipiellen Bereitschaft für eine regionale Koalition gegen terroristische Kräfte im Interesse regionaler Stabilität fordert Indien amerikanische Zusicherungen, daß eine militärische und wirtschaftliche Unterstützung für Pakistan keine Förderung des »cross-border terrorism« impliziert. Außenminister Jaswant Singh konstatiert, daß Indien den Kampf gegen den international operierenden Terrorismus lange Zeit alleine geführt habe und seine Geduld am Ende sei, wenn die Ausbildungslager in Pakistan nicht geschlossen würden. Er fordert eine internationale Unterstützung für das indische Vorgehen in Kashmir.

Auf indischer Seite erhofft man sich genügend amerikanischen Druck auf die pakistanische Armee und Elite, um eine tiefgreifende Veränderung und Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zu bewirken, denn sonst drohe ein Bürgerkrieg, unter anderem auch mit unabsehbaren Konsequenzen für das pakistanische Nuklearpotential. Indien sollte, so der Sicherheitsanalytiker C. Raja Mohan, deshalb Pakistan den Übergang zu einem gemäßigten und sich modernisierenden islamischen Staat ermöglichen. Dazu sei kreatives Denken in den indo-pakistanischen Beziehungen erforderlich, zu dem die aktuelle Krise maßgeblich beitragen könne.

⁵ Daniel Haas, Social Clauses in International Trade: Instruments of a Global Social Policy, in: Klaus Voll (Hg.), »Against Child Labour. Indian and International Dimensions and Strategies«, New Delhi 1999, S. 11–30, und *ders.*, Indian Positions in the General Discussions about Social Clauses«, ebd., S. 39–48.

Anhang

Politiker, die für Gespräche in Frage kommen

Es ist unvermindert lohnend, mit gegenwärtigen, aber auch ehemaligen und möglichen künftigen Spitzenpolitikern das Gespräch zu suchen – dazu gehören auch unbedingt Politikerinnen –, um die aktuellen Themen, Interna und Mechanismen des komplexen indischen Herrschaftssystems zu verstehen.

Gespräche mit Politikern der jüngeren bzw. mittleren Generation, wie den BJP-Ministern Arun Jaitley, Pramod Mahajan, Sushma Swaraj, Uma Bharti und Arun Shourie, den Congress(I)-Politikern Kamal Nath, Mani Shankar Aiyer, Kapil Sibal und Jayram Ramesh, Generalsekretär Amar Singh von der Samajwadi Party, Nitish Kumar und Digvijay Singh von der Samata Party, CPI/M-Politbüromitglied Sitaram Yechuri, der mit viel Herrschaftswissen ausgestatteten, parteipolitisch unabhängigen Maneka Gandhi sowie Spitzenbürokraten – zum Beispiel dem ehemaligen Kabinettssekretär und früheren Botschafter in den USA, Ramesh Chandra, oder R. Chandrashekhar, Berater des Ministerpräsidenten von Andhra Pradesh, Chandrababu Naidu, sollten vorrangig geführt werden.

Staatsminister ohne eigene Ressortverantwortung in der Zentralregierung kommen ebenfalls als wichtige Gesprächspartner in Frage. Aber auch Gespräche mit den ehemaligen Premierministern V. P. Singh, Chandra Shekar, P. V. Narasimha Rao, Deve Gowda und I. K. Gujral sowie mit Ministerpräsidenten verschiedener Staaten der Indischen Union könnten sich als sehr nützlich erweisen.

Die folgende Aufstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ändert sich relativ schnell. Gerade neue Parlamentarier in der 13. Lok Sabha (Unterhaus) und Vertreter aus verschiedenen Landesregionen müßten, je nach Erkenntnisinteresse, noch ergänzt werden. Die Rangfolge der Namen deutet nach Ansicht des Verfassers eine gewisse Bedeutungshierarchie innerhalb der einzelnen Parteien an.

Bharatiya Janata Party (BJP)

Außenpolitik

Jana Krishnamurthy, Parteipräsident

N. N. Jha, Leiter des Auswärtigen Ausschusses der BJP und Gouverneur der Andaman and Nicobar Islands

T. N. Chaturvedi, Oberhausabgeordneter

Sikander Bakht, ehemaliger Oberhausabgeordneter und Handelsminister sowie Fraktionsvorsitzender im Oberhaus

Sunil Shastri, Generalsekretär und Sohn des ehemaligen Premierministers Lal Bahadur Shastri

Dr. L.M. Singhvi, Oberhausabgeordneter, ehemaliger High Commissioner in England, ideologische Nähe zum fundamentalistischen Anhang des Hindu-Nationalismus

Prof. M. L. Sondhi, ehemaliger Vorsitzender, Indian Council of Social Science Research (ICSSR), früherer Oberhausabgeordneter und China-Fachmann

Narendra Modi, Ministerpräsident von Gujarat

Innen- und Wirtschaftspolitik

Jana Krishnamurthy, Parteipräsident

Govindacharya, ehemaliger Generalsekretär, Verbindungsmann der hindu-nationalistischen Kaderorganisation RSS

Jagmohan, Unterhausabgeordneter, Minister for Tourism

K. C. Pant, stellvertretender Leiter der Planungskommission, früherer Verteidigungsminister (Cong(I)), Studium in Deutschland und Sohn des früheren Ministerpräsidenten von Uttar Pradesh, Gobind Vallabh Pant

Vasundhara Raje, Unterhausabgeordnete, ehemalige Staatsministerin des Äußeren, Tochter der ehemaligen Herzogin von Gwalior, Rajmata Scindia

Madan Lal Khurana, Unterhausabgeordneter, ehemaliger Fraktionsvorsitzender und früherer Ministerpräsident von Delhi

Maya Singh, Generalsekretärin

Dr. Jagdish Shettigar, Leiter des Wirtschaftsausschusses

Uma Bharati, Unterhausabgeordnete und Ministerin für Jugend und Sport, außerdem führend in der Ayodhya-Bewegung

Vinay Katiyar, Unterhausabgeordneter – Wahlkreis Faizabad/Ayodhya, Präsident des Bajrang Dal (Hindu-Fundamentalismus)
Bhairon Shekhawat, ehemaliger Ministerpräsident von Rajasthan
Shanta Kumar, Unterhausabgeordneter und Minister, ehemaliger Ministerpräsident von Himachal Pradesh
Praful Goradia, Industrieller, ehemaliger Oberhausabgeordneter und früherer Herausgeber von »BJP Today«
 Prof. *Rita Verma*, Unterhausabgeordnete aus dem Kohle-Zentrum Dhanbad
 Dr. *Anita Arya*, Unterhausabgeordnete, ehemalige Bürgermeisterin von Delhi
Kirti Jha Azad, Unterhausabgeordneter, auch für Umweltfragen sensitiv
Murlidhar Rao, Swadeshi Jagran Manch (SJM), gegen multinationale Konzerne
Murumurthy, Swadeshi Jagran Manch (SJM)
Dina Nath Mishra, Oberhausabgeordneter
K. R. Malkani, Oberhausabgeordneter, ehemaliger Chefideologe

Congress(I)

Außenpolitik

N. D. Tiwari, Unterhausabgeordneter und ehemaliger Außenminister
P. V. Narasimha Rao, ehemaliger Außen- und Premierminister
Pranab Mukherjee, Oberhausabgeordneter, ehemaliger Außen- und Finanzminister
Jaipal Reddy, Unterhausabgeordneter und Hauptsprecher des Congress(I), ehemaliger Informationsminister sowie Sprecher der ehemaligen United- and National Front
Salman Khurshed, ehemaliger Staatsminister des Äußeren (islamische Welt)
Najma Heptullah, Oberhausabgeordnete, Deputy Chairperson des Oberhauses, Vorsitzende der Inter-Parliamentary Union (IPU), gute Kontakte zur arabischen Welt
Mani Shankar Aiyar, Unterhausabgeordneter, unabhängige Verantwortung für die Nordoststaaten und Special Invitee, Congress Working Committee (CWC), ehemals als Diplomat im Indian Foreign Service (IFS) tätig

R. L. Bhatia, Unterhausabgeordneter und früherer stellvertretender Außenminister, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Parlaments
Eduardo Faleiro, Oberhausabgeordneter und u.a. ehemaliger Staatsminister im Außenministerium (MEA)
Chandresh Kumari, Oberhausabgeordnete
Rajkumari Ratna Singh, Unterhausabgeordnete, Tochter des ehemaligen Außenministers Dinesh Singh, Deutschland-Besuch durch Friedrich-Naumann-Stiftung
Jairam Ramesh, Sekretär und enger Mitarbeiter des früheren Finanzministers Dr. Manmohan Singh
Anand Sharma, Sprecher des Congress(I), Koordinator der parlamentarischen Gruppe zur Außen- und Sicherheitspolitik, früherer Unterhausabgeordneter und ehemaliger Präsident der Jugendorganisation in den 80er Jahren, u.a. mit guten DDR-Kontakten
Romesh Bhandari, ehemaliger Gouverneur von Uttar Pradesh und früherer Staatssekretär im Außenministerium
 Dr. *Karan Singh*, Oberhausabgeordneter, ehemaliger Minister unter Indira Gandhi, früherer Botschafter in den USA und ehemaliger Herrscher von Kashmir

Innen- und Wirtschaftspolitik

Sonia Gandhi, Präsidentin und Führerin der Opposition im Kabinettsrang
 Dr. *Manmohan Singh*, Oberhausabgeordneter und früherer Finanzminister, Wegbereiter der Wirtschaftsliberalisierung
Jaipal Reddy (s.o.)
Ambika Soni, Oberhausabgeordnete, Generalsekretärin, enge Mitarbeiterin von Parteipräsidentin Sonia Gandhi
Kamal Nath, Unterhausabgeordneter, ehemaliger Minister
Kapil Sibal, Oberhausabgeordneter und Rechtsexperte
K. K. Anthony, Ministerpräsident von Kerala und Koordinator einer parteiinternen Kommission, die sich mit dem Niedergang des Cong(I) beschäftigte
S. B. Chavan, Oberhausabgeordneter, ehemaliger Innenminister und Ministerpräsident von Maharashtra
Bhuvnesh Chaturvedi, Oberhausabgeordneter und ehemaliger Staatsminister im Büro des Premierministers unter P.V. Narasimha Rao
Shankersinh Vaghela, Unterhausabgeordneter, ehemaliger BJP-Ministerpräsident von Gujarat
Renuka Chowdhury, Unterhausabgeordnete, ehemals Minister of State, früher Telugu Desam Party (TDP)

Margret Alva, Unterhausabgeordnete und ehemalige Ministerin
Shivraj Patil, Unterhausabgeordneter und ehemaliger Speaker des Unterhauses
Murli Deora, ehemaliger Unterhausabgeordneter und Wirtschaftsfachmann
Shiela Dixit, Ministerpräsidentin von Delhi
Shiv Shankar, ehemaliger Minister und u.a. Gouverneur von Sikkim
P. Upendra, ehemaliger Minister und früher Vorsitzender Indo-German Parliamentary Group
Dr. Girija Vyas, Unterhausabgeordnete, ehemalige Ministerin, Frauen-Thematik und Romanschriftstellerin
Vasant Sathe, ehemaliger Abgeordneter, Minister und früherer Präsident des Indian Council for Cultural Relations (ICCR)
Dr. Balram Jhakar, ehemaliger Sprecher des Unterhauses und Landwirtschaftsminister
C. Jaffer Sharief, Unterhausabgeordneter, ehemaliger Minister unter P.V. Narasimha Rao
Jairam Ramesh, s.o.
Sushil Kumar Shinde, Unterhausabgeordneter, früherer Generalsekretär, sozialer Hintergrund »Dalit« (»Unterdrückte«, ehemalige »Unberührbare«)
Ghulam Nabi Azad, Oberhausabgeordneter und Congress(I)-Generalsekretär
Tarun Gogoi, Ministerpräsident von Assam
Suresh Kalmadi, Oberhausabgeordneter, Einfluß im staatlich geförderten Sportbereich
Mabel Rebello, Oberhausabgeordnete (Adivasi-Wahlkreis Madhya Pradesh) und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

KOMMUNISTEN

Communist Party of India/Marxist CPI(M)

Somnath Chatterjee, Unterhausabgeordneter und Fraktionsvorsitzender, Fachkenntnisse in Wirtschaftsfragen
Sitaram Yechuri, Mitglied des Politbüros, Leiter der Internationalen Abteilung
Dr. Biplab Dasgupta, Oberhausabgeordneter, u.a. sachkundig in WTO-Fragen
Subhasini Ali, ehemalige Unterhausabgeordnete und Gewerkschafterin

Communist Party of India (CPI)

Bardhan, Generalsekretär

Communist Party of India/Marxist-Leninist (Liberation) CPI(M-L)(L)

Dr. Jayanta Rongpi, Unterhausabgeordneter (Assam), Kontakte zu den landesweit vernetzten, Gewalt einsetzenden »naxalitischen Gegeneliten«

Sozialisten/Sozialdemokraten

Deve Gowda, ehemaliger Premierminister und Ministerpräsident von Karnataka
Chandra Shekhar, ehemaliger Premierminister (Samajwadi Janata Party)
Prof. Madhu Dandavate, u.a. ehemaliger Finanzminister, Janata Dal (Secular)
Dr. Bapu Kaldate, ehemaliger Oberhausabgeordneter, Generalsekretär, Janata Dal (Secular)
Rabi Ray, früherer Sprecher des Unterhauses (1989/90), aus Orissa kommend
Surendra Mohan, ehemaliger Oberhausabgeordneter

REGIONALPARTEIEN

Samata Party / Janata Dal (United)

George Fernandes, ehemaliger, jüngst wiederernannter Verteidigungsminister mit langjährigen SI-Kontakten
Ramakrishna Hegde, Oberhausabgeordneter, Lok Shakti, ehemaliger Handelsminister und Ministerpräsident von Karnataka, Vorsitzender der indisch-französischen Beratergruppe im Kabinettsrang
Ram Vilas Paswan, Unterhausabgeordneter (Lok Jan Shakti) und Minister für Kohle und Bergbau
Digvijay Singh, Unterhausabgeordneter, Minister of State for Railways, ehemaliger Staatsminister des Äußeren unter Premierminister Chandra Shekhar
Jaya Jaitly, ehemalige Parteipräsidentin, Samata Party

Samajwadi Party (SP)

Mulayam Singh Yadav, Unterhausabgeordneter, ehemaliger Ministerpräsident von Uttar Pradesh und früherer Verteidigungsminister
Amar Singh, Oberhausabgeordneter und Generalsekretär, Industrieller

Trinamool Congress (TC)

Ajit Kumar Panja, Unterhausabgeordneter, ehemaliger Staatsminister für Äußeres
Krishna Bose, Unterhausabgeordnete und Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses beider Häuser des Parlaments

Dr. *Nitish Sengupta*, Unterhausabgeordneter, Direktor des International Management Institute (IMI), New Delhi

Bahujan Samaj Party (BSP)

Kanshi Ram, Oberhausabgeordneter und Parteipräsident

Mohammad Arif Khan, Unterhausabgeordneter und ehemaliger Minister

Kumari Mayawati, Unterhausabgeordnete und zweimalige Ministerpräsidentin von Uttar Pradesh

Nationalist Congress Party (NCP)

Sharad Pawar, Unterhausabgeordneter, ehemaliger Verteidigungsminister und mehrfacher Ministerpräsident von Maharashtra

P. A. Sangma, ehemaliger Speaker des Unterhauses, früherer Arbeitsminister und Ministerpräsident von Meghalaya (Nordost-Thematik)

Dravida Munnetra Kazhagam (DMK)

Murasoli Maran, Unterhausabgeordneter, Industrie- und Handelsminister, Tamilen-Thematik, Schwiegersohn des ehemaligen Ministerpräsidenten Karunanidhi, Tamil Nadu

P. Chidambaram, ehemaliger Finanzminister (1996–1998)

Marumalarchi Dravida Munnetra Kazhagam (MDMK)

Vaiko, Unterhausabgeordneter (pro LTTE)

Pattali Makkal Katchi (PMK)

Dr. *S. Ramadoss*, Parteipräsident (pro LTTE)

Tamil Manila Congress (TMC)

Jayanti Natarajan, Oberhausabgeordnete und ehemalige Ministerin, Deutschland-Delegation 1989

Jharkhand Mukti Morcha (JMM)

Shibu Soren, Oberhausabgeordneter

National Conference (NC)

Omar Abdullah, Unterhausabgeordneter und Staatsminister des Äußeren, Sohn des Ministerpräsidenten Farooq Abdullah von Jammu und Kashmir

Akali Dal (AD)

Surjit Singh Barnala, ehemaliger Landwirtschaftsminister, früher Ministerpräsident von Punjab (Punjab-Problematik) und Gouverneur von Tamil Nadu, derzeit Gouverneur von Uttaranchal

Shiromani Akali Dal (SAD)

Simranjit Singh Mann, Unterhausabgeordneter (Akali Dal-Thematik)

Rashtriya Lok Dal (RJD)

Ajit Singh, Landwirtschaftsminister und Unterhausabgeordneter aus dem westlichen Uttar Pradesh, früherer Handelsminister, Sohn des ehemaligen Premierministers Charan Singh

AIMEIM

Sultan *Salahuddin Owaisi*, Unterhausabgeordneter (Moslem-Thematik Hyderabad)

UNABHÄNGIGE

Inder Kumar Gujral, ehemaliger Außen- und Premierminister

Maneka Gandhi, Unterhausabgeordnete, von der BJP unterstützt, und Ministerin, vielfältige Deutschland-Bezüge

Ram Jethmalani, Unabhängiges Mitglied des Oberhauses (Rajya Sabha) mit Unterstützung der faschistoiden Shiv Sena, ehemaliger Justizminister und prominenter Strafverteidiger, u.a. für die Mörder Indira Gandhis

Prof. Dr. *Yoginder K. Alagh*, ehemaliger Minister und früherer Vizekanzler der Jawaharlal Nehru-Universität

Shabana Azmi, führende Schauspielerin, nominiertes Oberhausmitglied, Nähe zu den Kommunisten

Ramdas Athavale, Unterhausabgeordneter aus der Dalit-Bewegung in Maharashtra

Saifuddin Soz, parteilos, ehemaliger Unterhausabgeordneter (National Conference) und Umweltminister

Prakash Yashwant Ambedkar, Unterhausabgeordneter, aus der Republican Party of India hervorgegangen, Sohn des Harijan-Führers Dr. Babasaheb Ambedkar (Vater der indischen Verfassung)

Abkürzungen

AD	Akali Dal
ASEAN	Association of South-East Asian Nations
BJP	Bharatiya Janata Party
BSP	Bahujan Samaj Party
CPI	Communist Party of India
CPI/M	Communist Party of India / Marxist
CPI(ML) L	Communist Party of India (Marxist-Leninist) Liberation
CTBT	Comprehensive Test Ban Treaty
CWC	Congress Working Committee
DMK	Dravida Munnetra Kazhagam
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
ICCR	Indian Council of Cultural Research
IFS	Indian Foreign Service
IGEP	Indo-German Export Promotion Project
IIT	Indian Institute of Technology
IMI	International Management Institute, New Delhi
JMM	Jharkand Mukti Morcha
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MDMK	Marumalarchi Dravida Munnetra Kazhagam
MEA	Ministry of External Affairs
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NCP	Nationalist Congress Party
NGOs	Non-Governmental Organizations
NMD	National Missile Defence
NPT	Non-Proliferation Treaty
NSAB	National Security Advisory Board
NSC	National Security Council
OBCs	Other Backward Castes
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PMK	Pattali Makkal Katchi
PPP	Purchasing Power Parity
RLD	Rashtriya Lok Dal
RSS	Rashtriya Swayamsevak Sangh
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SAD	Shiromani Akali Dal
SI	Sozialistische Internationale
SJM	Swadeshi Jagran Manch
SP	Samajwadi Party
TC	Trinamool Congress
TDP	Telugu Desam Party
TMC	Tamil Manila Congress
WTO	World Trade Organisation